



Protokollauszug vom

26.06.2019

Departement Technische Betriebe / Stadtbus Winterthur:

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich betr. Änderung des Gesetzes über den öffentlichen
Personenverkehr PVG (Einlage in den Verkehrsfonds)

IDG-Status: öffentlich

SR.19.366-2

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Das Schreiben an die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich gemäss Beilage wird gutgeheissen.
2. Mitteilung an: Departement Technische Betriebe, Stadtbus Winterthur; Departement Bau; Departement Sicherheit und Umwelt; Stadtkanzlei und Finanzkontrolle.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtschreiber:



A. Simon

Begründung:

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat des Kantons Zürich beantragte dem Kantonsrat im Sommer 2016 eine Senkung der Mindesteinlage in den Verkehrsfonds gemäss § 31 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) von 70 auf 55 Mio. Franken (Vorlage 5292). Dies sollte der Tatsache Rechnung tragen, dass der Mittelbedarf im Verkehrsfonds mit Inkrafttreten der Bundesvorlage betreffend Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) gesunken ist.

Der Kantonsrat änderte die Vorlage ab (Vorlage 5292c), indem er zwar an der beantragten Kürzung festhielt, die Vorlage aber mit Übergangsbestimmungen für die Jahre 2017 bis 2019 (Einlage von jährlich nur 20 Mio. Franken) und 2020 bis 2037 (Einlage von jährlich 60 Mio. Franken) ergänzte. Die vom Kantonsrat geänderte Vorlage scheiterte in der Referendumsabstimmung vom 10. Juni 2018. Damit beträgt die Mindesteinlage weiterhin 70 Mio. Franken.

Gemäss Regierungsrat zeigt die Verkehrsfondsplanung, dass eine jährliche Fondseinlage von 55 Mio. Franken ausreichend ist, um das Investitionsprogramm des Kantons zu finanzieren und die laufenden Verpflichtungen des Fonds zu decken. Es soll deshalb dem Kantonsrat erneut eine entsprechende Änderung von § 31 Abs. 1 PVG beantragt werden. Dazu wurde die Stadt Winterthur eingeladen, eine Stellungnahme abzugeben.

2. Prüfung der Vorlage

Gemäss Rücksprache mit dem Zürcher Verkehrsverbund ZVV würde die gekürzte Fondseinlage zwar für die bereits geplanten Bauvorhaben ausreichen. Aus Sicht der Stadt Winterthur ergibt sich aber zusätzlicher Investitionsbedarf im Bereich der Elektrifizierung des öffentlichen (Bus-) Verkehrs, welcher höhere Mittel benötigt. Auch in Winterthur stellen solche Projekte (z.B. Elektrifizierung der Linie 7) zentrale Massnahmen zur Umsetzung der umwelt- und klimapolitischen Ziele dar. Deren Gewicht hat angesichts der jüngsten Entwicklung in der Klimadebatte nochmals zugenommen, weshalb dafür genügend Mittel aus dem Verkehrsfonds zur Verfügung gestellt werden müssen.

3. Kommunikation

Es erfolgt keine Medienmitteilung zur städtischen Stellungnahme im Rahmen der laufenden Vernehmlassung.

Der Stadtrat

Pionierstrasse 7
8403 Winterthur

Volkswirtschaftsdirektion Kanton Zürich
Frau Carmen Walker Späh
Regierungsratspräsidentin
Neumühlequai 10
8090 Zürich

26. Juni 2019 SR.19.366-2

Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr PVG (Einlage in den Verkehrsfonds)

Sehr geehrte Frau Regierungsratspräsidentin Walker Späh

Der Stadtrat von Winterthur dankt für die Gelegenheit, zur Einlage in den Verkehrsfonds Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die geplante Kürzung der Fondseinlage die Ausführung der Systemerweiterung im Schienenverkehr nicht beeinträchtigt. Es stellt sich die Frage, ob angesichts der Klimadiskussion eine Kürzung der Mittel für den öffentlichen Verkehr die richtige Massnahme ist. Die aktuellen Zielsetzungen im CO₂-Bereich bedingen längerfristig Zusatzaufwendungen. Insbesondere ist die bevorstehende Elektrifizierung im öffentlichen Verkehr derzeit noch nicht finanziert und sollte sinnvollerweise durch den Verkehrsfonds finanziert werden. Die entsprechenden Mittel fehlen dabei aber, weshalb eine Kürzung der Mittel zum aktuellen Zeitpunkt nicht zielführend ist.

Das Volk hat sich erst kürzlich mit grosser Mehrheit gegen eine Kürzung der Fondseinlage ausgesprochen.

Sehr geehrte Frau Regierungsratspräsidentin, wir ersuchen den Regierungsrat, auf die Kürzung der Fondseinlage zu verzichten und die Finanzierung der Elektrifizierung (Busse/Ladestationen) zu Lasten des Fonds möglich zu machen.

Für eine wohlwollende Berücksichtigung unseres Standpunktes bedanken wir uns im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:

A handwritten signature in blue ink, consisting of a vertical line on the left and a stylized 'H' or 'K' shape on the right.

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Simon' written in a cursive style.

A. Simon

Mailkopie an:

- generalsekretariat@vd.zh.ch